

Rede von Kreiskämmerer Fritz Heer aus Anlass der  
Einbringung des Haushaltsplanes 2009 am 30. Oktober  
2008

Sehr geehrter Herr Landrat,  
meine Damen und Herren!

Mit dem heutigen Tage lege ich Ihnen gemeinsam mit  
dem Landrat meinen ersten Haushalt als Kämmerer für  
den Märkischen Kreis vor.

Der Goldpreis schwankt von 690 bis zu über 1.000 Dol-  
lar je Feinunze; der Ölpreis schwankt zwischen 60 und  
160 Dollar, die Aktienbörsen erleben einen Kurssturz  
nach dem anderen und Banken werden verstaatlicht!

Kurzum: Wir haben in dem ersten Jahr, in dem ich die  
Verantwortung für die Finanzen des Märkischen Kreises  
übernommen habe, die schwerste Finanzkrise seit  
1929.

Ich hoffe, da besteht kein Zusammenhang.  
In der Realität der Kommunal финанzen haben diese Din-  
ge nicht unmittelbar aber zumindest mittelbar - was Ar-  
beitslosenzahlen, die Zahlen der Bedarfsgemeinschaften,  
die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden  
sowie die Zuweisungen angeht, Auswirkungen.

Wir werden die Konsequenzen dieser Krise in den fol-  
genden Jahren spüren.

Die wirtschaftlich positive Entwicklung der letzten Jahre hat dazu geführt, dass wir über die Kreisumlage bei gleichbleibendem Hebesatz eine Einnahme-Steigerung von 8,7 Mio. Euro haben.

Trotz dieser nicht unerheblichen Verbesserung sind die Erträge – wie im Vorjahr - bei 357 Mio. Euro geblieben. Die Aufwendungen steigen ebenfalls auf 357 Mio. Euro.

Also ist trotz dieser Verbesserung durch die kontinuierlich ansteigenden Aufwendungen eine Kreisumlagen-senkung nicht möglich.

Die gleichen strukturellen Probleme lassen sich bei der Landschaftsumlage erkennen, da der Landschaftsverband trotz steigender Umlagegrundlagen nicht in der Lage ist, die Landschaftsumlage zu senken.

Nun stellt sich natürlich die Frage, wo sind die 8,7 Mio. Euro, die wir mehr an Kreisumlageaufkommen erhalten haben, geblieben.

Als erstes haben wir 1 Mio. Euro weniger an Schlüsselzuweisungen und wir müssen bei gleichem Hebesatz 2,7 Mio. Euro mehr Landschaftsumlage zahlen. Sieht man sich den Haushalt jetzt im Einzelnen an, so stellt man fest, dass neben den steigenden Aufwendungen auch ein Einbruch auf der Ertragsseite stattgefunden hat.

Hier gibt es ein paar Positionen, die so interessant sind, dass sie näher betrachtet werden sollten.

Es fehlen uns 1,5 Mio. Euro an Zinserträgen aus dem Darlehen, was wir von der MKG zurückerhalten, um unsere Altfehlbeträge zu reduzieren.

Besonders fällt der Ertragseinbruch von 6 Mio. Euro im Bereich der sozialen Leistungen auf. Schon ist eine Summe von 7,5 Mio. Euro an Erträgen verschwunden.

Die Städte und Gemeinden haben aber nach der ersten Modellrechnung 8,7 Mio. Euro mehr gezahlt. Ich darf dies an einigen Folien verdeutlichen.

Im Kommunalfinanzbericht des Innenministeriums NRW aus August 2008 wird festgestellt, dass die Finanzlage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen sich im Jahr 2007 entspannt hat. Die Steuereinnahmen stiegen im Haushaltsjahr 2007 um 7,9 % und faktisch um 1.317.000.000 Euro an.

Die Investitionsschulden der Kommunen wurden um 624 Mio. Euro zurückgeführt. In diesem Bereich wird also Entschuldung festgestellt.

Rechnet man allerdings die Kassenkredite hinzu, so sind in der Summe die kommunalen Verbindlichkeiten im Jahr 2007 trotz verbesserter Rahmenbedingungen um 513 Mio. Euro weiter gewachsen.

Das, meine Damen und Herren, ist der Kern dessen, was uns alle umtreibt.

Wir haben in den letzten Jahren einen Aufschwung erlebt, der uns deutlich verbesserte finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen hat. Trotzdem sind viele Kommunen im Märkischen Kreis und in Nordrhein-Westfalen nicht in der Lage, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Wir haben gesehen, wie sich die Ertragssituation des Märkischen Kreises deutlich verbessert hat; auf Kosten der Unternehmen und der Bügerrinnen und Bürger, die diese Gebühren und Steuern zahlen.

Wo aber wandert dieser Ertrag hin?

Im gleichen Atemzug wird dieser Ertrag auf Bund und Land verteilt durch Mechanismen, die sich über Wohngeld oder Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft definieren.

Wir haben durch die hervorragende Arbeit der ARGE die Kosten der Unterkunft deutlich reduzieren können und wir haben die Bedarfsgemeinschaften von über 20.000 auf 16.000 reduziert.

Planungsgrundlage für das nächste Jahr für den Märkischen Kreis sind 15.800 Bedarfsgemeinschaften.

Wir werden im Bereich Pflege, wenn der Demographische Wandel uns trifft, dass wird ungefähr 2015 intensiver sein, erhebliche Mehrausgaben haben.

Wir haben den Bereich Grundsicherung – eine renten-ähnliche Leistung – seit 2003 im Märkischen Kreis, der Millionen-Mehrkosten verursacht, der Zuschussbedarf betrug 2003 4 Mio. Euro und wir liegen 2009 bei ca. 13,5 – 14 Mio. Euro nach sechs Jahren.

Die konjunkturellen Schwankungen werden sich – wie von den Wirtschaftsinstituten angekündigt – natürlich auch in den Arbeitslosenzahlen und damit im SGB II / Hartz IV-Bereich niederschlagen.

Wenn die Wirtschaftsforschungsinstitute Recht haben, dann wird diese Entwicklung Ende 2009 einsetzen und sich in den Folgejahren intensivieren.

Meine Gespräche mit den Kämmerern der Städte und Gemeinden im Märkischen Kreis haben deutlich gemacht, dass sie finanziell am Ende der Wegstrecke angekommen sind.

Der Märkische Kreis muss aber aufgrund der ihm zugewiesenen Aufgaben wie Grundsicherung, Kosten der Unterkunft und zukünftig auch im Pflegebereich deutliche Einnahmezuwächse haben, selbst wenn alle anderen Faktoren gleichbleibend in der Belastung bleiben.

Verfassungsmäßig niedergelegt ist, dass der Märkische Kreis seinen Anteil von dem bekommt, was die Städte und Gemeinden über die Unternehmen an Gewerbesteuern oder von den Bürgerinnen und Bürgern an Steuern erhalten.

Da auf Dauer beide, sowohl die Städte und Gemeinden als auch die Kreise, mit diesen finanziellen Rahmenbe-

dingungen nicht klarkommen werden, stellt sich die Grundsatzfrage:

Wie lange wollen Bund und Land die kommunale Seite weiter ausbluten lassen?

Was muss geschehen, bis erkannt wird, dass das so nicht weitergehen kann.

Im Kreis Recklinghausen hat sich für den Haushalt 2009 ein Finanzloch von 20 Mio. Euro ergeben. Man prüft dort den Gang vor das Verfassungsgericht.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass uns im nächsten oder übernächsten Jahr ähnliche Szenarien ins Haus stehen.

Ökonomisches Gleichgewicht ist der Garant für sozialstaatliche Prinzipien.

Wenn dieses Gleichgewicht und damit eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen Seite nicht wiederhergestellt wird, dann wird der Sozialstaat Deutschland in fünf Jahren komplett anders aussehen.

Wir stehen vor der Frage, wie wir den Märkischen Kreis für die Zukunft aufstellen wollen und ob wir stillschweigend Jahr für Jahr uns darin ergehen können, dass Städte, Gemeinden und Kreise sich finanziell auf Konfrontationskurs befinden und der Bund und das Land sich weiter mit ihren Entschuldungen feiern lassen.

Wenn der Bund eine Milliarde Euro mehr Schulden hat, dann nimmt das keiner mehr zur Kenntnis. Wenn der Märkische Kreis seine gesetzlichen Verpflichtungen auf ein Minimum reduzieren muss, dann mache ich Ihnen das an einem Beispiel deutlich:

Wir sind gesetzlich verpflichtet, Suchtberatung anzubieten. Wenn die finanziellen Mittel nicht ausreichen, dann kann man diesen gesetzlichen Verpflichtungen auch dadurch nachkommen, dass man einen Suchtberater für 15 Städte und Gemeinden in das Kreishaus in Lüdenscheid setzt.

Dadurch lassen sich erhebliche Personalkosten einsparen und dem Gesetz ist Genüge getan.

Was das für die Suchtkranken, die kein Auto haben und wohl kaum in eine andere Stadt reisen, um sich beraten zu lassen, heißen würde, dürfte jedem klar sein. Ich kann aus heutiger Sicht nur folgendes sagen: Wir müssen eine gemeinsame kommunale Strategie entwickeln, wie wir die uns aufgebürdeten Lasten verkraften können.

Die Verschuldung muss durch Einsparungen auf allen Ebenen reduziert werden. Die Verteilung der Lasten fällt zur Zeit zu Ungunsten der kommunalen Seite aus.

Ob die Finanzminister noch froh sein können, wenn sie auf Bundes- und Landesebene die Verschuldung auf ein sinnvolles ökonomisches Niveau reduziert haben, wage ich zu bezweifeln, wenn gleichzeitig die kommunale Seite ausblutet. Die Auswirkungen treffen letztlich nur einen vor Ort, für den wir alle arbeiten: Unsere Bürgerrinnen und Bürger.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!